

# GEMEINDE SELFKANT



An die  
Mitglieder  
des Haupt- und Finanzausschusses  
der Gemeinde Selfkant

Selfkant, den 14. August 2006

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich lade Sie hiermit zur öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (VIII/HFA/12) am

Mittwoch, dem 23.08.2006, 19:30 Uhr,  
Großer Sitzungssaal (Zimmer 20) des Rathauses in Tüddern

ein.

Für den Fall, dass Sie während der Sitzung telefonisch erreicht werden müssen, besteht hierzu die Möglichkeit unter der Rufnummer 499-121.

## **TAGESORDNUNG**

### **A) Öffentliche Sitzung**

- 1 1. Änderung der Friedhofssatzung der Gemeinde Selfkant vom 17.12.2003  
Vorlage: 040/2006
- 2 Genehmigung einer Überschreitung bei der Haushaltsstelle 060.57300  
"EDV-Programmentwicklungskosten an die regio iT Aachen"  
Vorlage: 045/2006
- 3 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Kreisumlage  
(Haushaltsstelle 900.83200)  
Vorlage: 046/2006
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters

**B) Nicht öffentliche Sitzung**

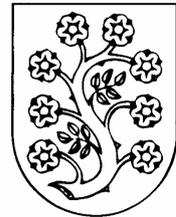
- 5 Angebot zur Hundebestandsaufnahme  
Vorlage: 030/2006
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters (nichtöffentlich)

Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten wird auf die Sitzungsvorlagen in der Einladung vom 09. August 2006 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Corsten

# Gemeinde Selfkant



## Sitzungsvorlage 040/2006

TOP

### öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss  
Gemeindevertretung

21.08.2006  
31.08.2006

Finanzielle Auswirkungen	<b>Nein</b>	Vermögens/Verwaltungshaushalt	---
Haushaltsmittel zur Verfügung	---	Abwicklung über Haushaltsstelle	

### 1. Änderung der Friedhofssatzung der Gemeinde Selfkant vom 17.12.2003

#### Sachverhalt:

Der Ortsvorsteher von Saeffelen und Heilder stellt mit Schreiben vom 03.06.2006 (siehe Anlage) den Antrag, die vorhandene Friedhofssatzung der Gemeinde Selfkant vom 17.12.2003 zu ändern.

In § 18 Abs. 1 sollte folgender Wortlaut unter Buchstabe c. angefügt werden:

**„Urnenwahlgräber in Urnenwandsystemen sind mit einer Abdeckplatte zu versehen, deren Farbe, Größe und Materialbeschaffenheit in einheitlicher Gestaltung an die bereits vorhandene Abdeckung anzupassen sind.“**

Bei den seinerzeit beschlossenen Regelungen für die Urnenbestattung in der Gemeinde Selfkant, wurden keine Aussagen hinsichtlich der Gestaltung der einzelnen Urnengräber getätigt. Nach den bisherigen Erfahrungen hat dies auf den zu sehr unterschiedlichen und den optischen Gesamteindruck störenden Ergebnissen geführt.

Eine Regelung, die zu einem einheitlichen optischen Gesamtbild der Urnenbestattungsanlagen führt, wird auch seitens der Verwaltung befürwortet.

Von daher sollte in diesem Zusammenhang konkret vorgeschrieben werden, dass die Urnengrabstätten jeweils mit einer einheitlichen Abdeckplatte aus einer 2cm dicken, schwarzen Granitplatte zu versehen sind.

Bereits heute belegte Urnengrabstätten werden von dieser Regelung nicht mehr berührt.

#### Beschlussvorschlag:

Es wird empfohlen, die beiliegende 1. Änderungssatzung der Friedhofssatzung zu beschließen.

**Anlagen:**

1. Schreiben des Herrn Hans Heutz
2. 1. Änderungssatzung der Friedhofssatzung
3. Friedhofssatzung vom 17.12.2003

Hans Heutz  
Selfkantstraße 104a  
52538 Selfkant-Saeffelen

Gemeindeverwaltung Selfkant  
Herrn Bürgermeister Corsten  
Am Rathaus 13

52538 Selfkant-Tüddern



*Satzung verlag  
Kodell*

Selfkant, den 03.06.2006

Sehr geehrter Herr Corsten !

Hiermit beantrage ich für den Friedhof Saeffelen eine Erweiterung der Friedhofssatzung um Punkt c. Durch diese Erweiterung der Satzung wird eine einheitliche Gestaltung der Urnenwand gewährleistet.

Der Erweiterungsantrag wurde vorab mit den Ratsmitgliedern der Ortschaften Saeffelen/ Heilder besprochen und in dieser Form für gut befunden..

## **Punkt V Gestaltung der Grabstätten**

### §18 Allgemeine Gestaltungsvorschriften

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird. Der Standort der Grabmale wird von der Friedhofsverwaltung nach bestattungstechnischen Erfordernissen unter Berücksichtigung der folgenden Regelungen festgelegt:
  - a. Bei der Errichtung eines Grabmals und /oder einer Grabeinfassung (einschließlich Fundamentierung) ist ein Abstand von mindestens 0,30m zu der / den Nachbargrabstätte/n einzuhalten.
  - b. Der Raum (0,30m) zwischen den Grabstätten darf nicht durch Platten, Verbundsteinpflaster usw. ausgelegt werden. Im übrigen entscheidet alleine die Friedhofsverwaltung über die Herrichtung dieser Abstandsfläche von 0,30m.
  - c. **Urnenwahlgräber in Urnenwandssystemen sind mit einer Abdeckplatte zu versehen, deren Farbe ,Größe und Materialbeschaffenheit in einheitlicher Gestaltung an die bereits vorhandene Abdeckung anzupassen sind.**

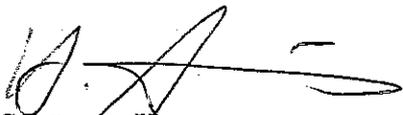
Cleven Rolf



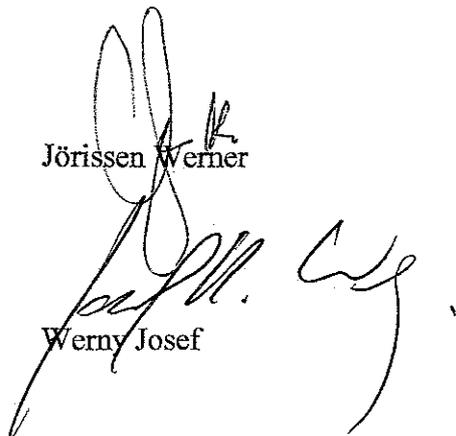
Peters Willi



Schürgers Hans



Jörissen Werner



Werny Josef

Mit freundlichem Gruß



Hans Heutz  
Ortsvorsteher

**1. Änderungssatzung  
zur Satzung über das Friedhofs- und  
Bestattungswesen in der Gemeinde Selfkant  
(Friedhofssatzung)  
vom ...**

**Präambel**

Aufgrund von § 4 des Bestattungsgesetzes (BestG) NRW und § 7 Abs. 2 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) beide in der zur Zeit geltenden Fassung, hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Selfkant in ihrer Sitzung am ... folgende Änderung der Friedhofssatzung vom 17.12.2003 beschlossen:

**Artikel I**

**In § 18 Abs. 1 wird Buchstabe c) folgenden Inhalts angefügt:**

Urnenwahlgräber in Urnenwandsystemen sind mit einer Abdeckplatte zu versehen, deren Farbe, Größe und Materialbeschaffenheit in einheitlicher Gestaltung an die bereits vorhandene Abdeckung anzupassen sind.

**Artikel II**

Die vorstehende 1. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Gemeinde Selfkant tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

**Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende 1. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Gemeinde Selfkant wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Beschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Selbkant, den...

Bürgermeister  
Corsten

# **Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Gemeinde Selfkant (Friedhofssatzung)**

**vom 17.12.2003**

## Inhaltsübersicht

### Präambel

#### I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Friedhofszweck
- § 3 Bestattungsbezirke
- § 4 Schließung und Entwidmung

#### II. Ordnungsvorschriften

- § 5 Öffnungszeiten
- § 6 Verhalten auf dem Friedhof
- § 7 Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

#### III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

- § 8 Anzeigepflicht und Bestattungszeit
- § 9 Säрге und Urnen
- § 10 Ausheben der Gräber
- § 11 Ruhezeit
- § 12 Umbettungen

#### IV. Grabstätten

- § 13 Arten der Grabstätten
- § 14 Reihengrabstätten
- § 15 Wahlgrabstätten
- § 16 Aschenbeisetzungen
- § 17 Aschenstreufelder

#### V. Gestaltung der Grabstätten

- § 18 Allgemeine Gestaltungsvorschriften
- § 19 Wahlmöglichkeiten

#### VI. Grabmale und bauliche Anlagen

- § 20 Einfache Gestaltungsvorschriften
- § 21 Besondere Gestaltungsvorschriften
- § 22 Zustimmungserfordernis
- § 23 Anlieferung
- § 24 Fundamentierung und Befestigung
- § 25 Unterhaltung
- § 26 Entfernung

## VII. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 27 Herrichtung und Unterhaltung

§ 28 Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften

§ 29 Vernachlässigung der Grabpflege

## VIII. Überführung und Aufbewahrung der Leichen

§ 30 Überführung und Aufbewahrung

§ 31 Benutzung der Leichen- und Aussegnungshallen

## Schlussvorschriften

§ 32 Alte Rechte

§ 33 Haftung

§ 34 Gebühren

§ 35 Ordnungswidrigkeiten

§ 36 Inkrafttreten

## Präambel

Aufgrund von § 4 des Bestattungsgesetzes (BestG) NRW und § 7 Abs. 2 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert am 28. März 2000 (GV NW S. 245), hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Selfkant in ihrer Sitzung am 11.12.2003 folgende Friedhofssatzung beschlossen:

## I. Allgemeine Bestimmungen

### § 1

#### Geltungsbereich

Die Friedhofssatzung gilt für folgende im Gebiet der Gemeinde Selfkant gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe und Friedhofsteile:

- a) Friedhof Havert
- b) Friedhof Hillensberg
- c) Friedhof Höngen
- d) Friedhof Millen
- e) Friedhof Saeffelen
- f) Friedhof Schalbruch
- g) Friedhof Süsterseel
- h) Friedhof Tüddern

i) Friedhof Wehr

Für Ehrenfriedhofsteile gilt diese Friedhofssatzung nur insoweit, als im Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) in der Neufassung vom 29.01.1993 (BGBl. I.S. 179) nichts anderes bestimmt ist.

§ 2  
Friedhofszweck

- (1) Die Friedhöfe sind nichtrechtsfähige Anstalten der Gemeinde.
- (2) Die Friedhöfe dienen der Bestattung der Toten (Leichen, Tot- und Fehlgeburten), die bzw. deren Eltern bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde Selfkant waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Darüber hinaus dienen die Friedhöfe auch der Bestattung der aus Schwangerschaftsabbrüchen stammenden Leibesfrüchte, falls die Eltern Einwohner der Gemeinde Selfkant sind. Die Bestattung anderer Personen bedarf einer Ausnahmegenehmigung der Friedhofsverwaltung.
- (3) Die Friedhöfe erfüllen aufgrund ihrer gärtnerischen Gestaltung auch allgemeine Grünflächenfunktionen. Deshalb hat jeder das Recht, die Friedhöfe als Orte der Ruhe und Besinnung zum Zwecke einer der Würde des Ortes entsprechenden Erholung aufzusuchen.

§ 3  
Bestattungsbezirke

- (1) Das Gemeindegebiet wird in folgende Bestattungsbezirke eingeteilt:
  - a) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Havert.** Er umfasst die Gemeindeteile Havert, Stein und Isenbruch.
  - b) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Hillensberg.** Er umfasst den Gemeindeteil Hillensberg.
  - c) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Höngen.** Er umfasst die Gemeindeteile Höngen, Großwehrhagen, Kleinwehrhagen und Dieck.
  - d) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Millen.** Er umfasst den Gemeindeteil Millen.
  - e) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Saeffelen.** Er umfasst die Gemeindeteile Saeffelen und Heilder.
  - f) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Schalbruch.** Er umfasst den Gemeindeteil Schalbruch.
  - g) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Süsterseel.** Er umfasst den Gemeindeteil Süsterseel.
  - h) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Tüddern.** Er umfasst den Gemeindeteil Tüddern.
  - i) **Bestattungsbezirk des Friedhofs Wehr.** Er umfasst den Gemeindeteil Wehr.

- (2) Die Verstorbenen sollen auf dem Friedhof ihres Bestattungsbezirkes bestattet werden, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten. Die Bestattung auf einem anderen Friedhof ist möglich, wenn dies gewünscht wird und die Belegung es zulässt. Ebenso soll die Bestattung auf einem anderen Friedhof gestattet werden, wenn
  - a) ein Nutzungsrecht an einer bestimmten Grabstätte auf einem anderen Friedhof besteht,
  - b) Eltern, Kinder oder Geschwister auf einem anderen Friedhof bestattet sind.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.

#### § 4

#### Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe und Friedhofsteile können für weitere Bestattungen gesperrt (Schließung) oder einer anderen Verwendung zugeführt werden (Entwidmung).
- (2) Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen. Soweit durch Schließung das Recht auf weitere Bestattungen in Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungsfalles auf Antrag eine andere Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung bereits bestatteter Leichen verlangen.
- (3) Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofs als Ruhestätte der Toten verloren. Die Bestattungen werden, falls die Ruhezeit (bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten) bzw. die Nutzungszeit (bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten) noch nicht abgelaufen ist, auf Kosten der Gemeinde Selbstkant in andere Grabstätten umgebettet.
- (4) Schließung oder Entwidmung werden öffentlich bekannt gegeben. Der Nutzungsberechtigte einer Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte erhält außerdem einen schriftlichen Bescheid, wenn sein Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist.
- (5) Umbettungstermine werden einen Monat vorher öffentlich bekanntgegeben. Gleichzeitig sind sie bei Reihengrabstätten / Urnenreihengrabstätten einem Angehörigen des Verstorbenen, bei Wahlgrabstätten / Urnenwahlgrabstätten dem Nutzungsgerechtigten mitzuteilen.
- (6) Ersatzgrabstätten werden von der Gemeinde auf ihre Kosten in ähnlicher Weise wie die Grabstätten auf den entwidmeten oder außer Dienst gestellten Friedhöfen/Friedhofsteilen hergerichtet. Die Ersatzwahlgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.

## II. Ordnungsvorschriften

### § 5

#### Öffnungszeiten

- (1) Die Friedhöfe sind grundsätzlich für den Besuch geöffnet.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

### § 6

#### Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofpersonals sind zu befolgen.
- (2) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,
  - a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Rollerblades, Skateboards aller Art, ausgenommen Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden, zu befahren,
  - b) Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
  - c) An Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
  - d) Ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren,
  - e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
  - f) Den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigt zu betreten,
  - g) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
  - h) Zu lärmern oder zu lagern,
  - i) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde.
- (3) Kinder unter 10 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

### § 7

#### Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

- (1) Steinmetze, Bildhauer, Gärtner, Bestatter und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechende gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung.
- (2) Auf ihren Antrag hin werden nur solche Gewerbetreibende zugelassen, die
  - a) in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und
  - b) ihre Eintragung in die Handwerksrolle bzw. (bei Antragstellern des handwerksähnlichen Gewerbes) ihre Eintragung in das Verzeichnis gemäß § 19 Handwerksordnung bzw. (bei Antragstellern der Gärtnerberufe) ihre Eintragung in das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer nachweisen oder die selbst oder deren fachliche Vertreter die Meisterprüfung abgelegt haben.
- (3) Die Friedhofsverwaltung hat die Zulassung davon abhängig zu machen, dass der Antragsteller einen für die Ausführung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.
- (4) Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs. 1 genannter Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck vereinbar ist. Absätze 2 und 4 gelten entsprechend.
- (5) Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung einer Berechtigungskarte. Die zugelassenen Gewerbetreibenden haben für ihre Bediensteten einen Bedienstetenausweis auszustellen. Die Zulassung und der Bedienstetenausweis sind dem aufsichtsberechtigten Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen. Die Zulassung kann befristet werden.
- (6) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.
- (7) Unbeachtet § 6 Abs. 2 Buchstabe c) dürfen gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen in der Gemeinde Selfkant von montags bis einschließlich samstags von 08.00 Uhr bis 18.30 Uhr durchgeführt werden. In den Fällen des § 5 Abs. 2 sind gewerbliche Arbeiten ganz untersagt.
- (8) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.
- (9) Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung der Gewerbetreibenden, die trotz schriftlicher Mahnung gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen. Bei schweren Verstößen ist eine Mahnung entbehrlich.

### III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

#### § 8

##### Anzeigepflicht und Bestattungszeit

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Beurkundung des Sterbefalles bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.
- (2) Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (3) Soll eine Aschenbestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung setzt Ort und Zeit der Bestattung fest. Bestattungen finden montags bis freitags in der Zeit von 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr und samstags von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr statt. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
- (5) Erdbestattungen und Einäscherungen sollen in der Regel spätestens 96 Stunden nach Eintritt des Todes erfolgen. Aschen müssen spätestens 2 Monate nach der Einäscherung bestattet werden, anderenfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen in einer Urnenreihengrabstätte bestattet.

#### § 9

##### Särge und Urnen

- (1) Unbeschadet der Regelung des § 17 sind Bestattungen grundsätzlich in Särgen oder Urnen vorzunehmen. Ausnahmsweise kann der Friedhofsträger auf Antrag die Bestattung ohne Sarg oder Urne gestatten, wenn nach den Grundsätzen oder Regelungen der Glaubensgemeinschaft, der die oder der Verstorbene angehört hat, eine Bestattung ohne Sarg oder Urne vorgesehen ist.
- (2) Säрге, Urnen und Überurnen müssen so beschaffen sein, dass die chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachteilig verändert wird und bei Särgen die Verwesung der Leichen innerhalb der Ruhezeit ermöglicht wird. Die Säрге müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Säрге, Sargausstattungen und -beigaben, Sargabdichtungen und Überurnen müssen zur Vermeidung von Umweltbelastungen aus leichtverrottbaren Werkstoffen hergestellt sein. Sie dürfen keine PVC-, PCP-, formaldehydabspaltenden, nitrozellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke oder Zusätze enthalten. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoff und Naturtextilien bestehen.

- (3) Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (4) Für die Bestattung in vorhandenen Gräften sind nur Metallsärge oder Holzsärge mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.

#### § 10 Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden von Bauhofbediensteten der Gemeinde Selfkant oder deren Beauftragten ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne (bei Erdbeisetzungen) mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbeisetzungen und Beisetzungen von Aschen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
- (4) Die Angehörigen des Verstorbenen bzw. der Nutzungsberechtigte der Grabstätte haben dafür Sorge zu tragen, dass vor der Beisetzung die auf der Grabstätte vorhandene Grabeinfassung und die vorhandenen sonstigen Grabeinrichtungen und evtl. auch das Grabmal auf ihre Kosten entfernt werden.
- (5) Sollte die Friedhofsverwaltung gezwungen sein, Grabmal, Grabeinfassung, Fundamente, zusätzliche bauliche Anlagen oder Grabeinrichtungen entfernen zu lassen, um eine Beisetzung durchführen zu können, sind die hierfür aufgewendeten Kosten von den Angehörigen des Verstorbenen bzw. dem Nutzungsberechtigten der betreffenden Grabstätte zu zahlen. Die durch die Friedhofsverwaltung abgeräumten Grabmale oder Grabeinrichtungen verbleiben auf einem gemeindlichen Lagerplatz, längstens jedoch bis zum Ablauf von einem Jahr. Eine Neuaufrichtung wird von der Friedhofsverwaltung nicht vorgenommen. Die Gemeinde Selfkant übernimmt keine Haftung für Schäden an abgeräumten Grabmalen, Grabeinfassungen und sonstigen Grabeinrichtungen. Außerdem übernimmt die Gemeinde Selfkant keine Haftung für vom gemeindlichen Lagerplatz abhanden gekommenen Grabmalen, Grabeinfassungen und sonstigen Grabeinrichtungen.
- (6) Finden sich beim Auswerfen eines Grabes noch nicht ganz vergangene Leichenteile, so müssen diese sofort unter der Sohle des neu ausgeworfenen Grabes wieder beigesetzt werden. Werden noch nicht verwesene Leichen vorgefunden, so ist das Grab sofort wieder zuzuwerfen. Es darf erst nach einer durch die Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeit wieder benutzt werden.

## § 11 Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit für Leichen von Personen bis zum vollendeten 5. Lebensjahr beträgt auf dem Friedhof in Tüddern 20 Jahre, auf allen anderen Friedhöfen in der Gemeinde 25 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit für Leichen von Personen ab vollendetem 5. Lebensjahr beträgt auf dem Friedhof in Tüddern 25 Jahre, auf allen anderen Friedhöfen in der Gemeinde 30 Jahre.
- (3) Die Ruhezeit von Aschen beträgt auf allen Friedhöfen in der Gemeinde 20 Jahre.

## § 12 Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden, bei Umbettungen innerhalb der Gemeinde in den ersten fünf Jahren der Ruhezeit (aus hygienischen Gründen) nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/Urnenreihengrabstätte sind innerhalb der Gemeinde Selfkant nicht zulässig. § 4 Abs. 2 und Abs. 3 bleiben unberührt.
- (3) Umbettungen sind nur während der Ruhezeit des Verstorbenen möglich.
- (4) Alle Umbettungen (mit Ausnahme der Maßnahmen von Amts wegen) erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus Reihen- und Urnenreihengrabstätten der verfügungsberechtigte Angehörige des Verstorbenen, bei Umbettungen aus Wahlgrab- und Urnenwahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte. Mit dem Antrag ist die Verleihungsurkunde nach § 15 Abs. 4, § 16 Abs. 5, vorzulegen. In den Fällen des § 28 Abs. 2 Satz 2 und bei Entziehung von Nutzungsrechten gemäß § 28 Abs. 1 Satz 3 können Leichen und Aschen, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amts wegen in Grabstätten aller Art umgebettet werden.
- (5) Alle Umbettungen dürfen nur von Bestattungsunternehmen durchgeführt werden.
- (6) Die Kosten der Umbettung hat der Antragsteller zu tragen. Das gilt auch für den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, soweit sie notwendig aufgetreten sind oder die Friedhofsverwaltung oder deren Beauftragte bezüglich dieser nur leichte Fahrlässigkeit trifft.

- (7) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung ausgegraben werden.

#### **IV. Grabstätten und Aschenstreufelder**

##### § 13 Arten von Grabstätten

- (1) Die Grabstätten und Aschenstreuelder bleiben Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden. Die Größe der Gräber ergibt sich aus dem Belegungsplan.
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in:
  - a) Reihengrabstätten,
  - b) Wahlgrabstätten
  - c) Urnenreihengrabstätten
  - d) Urnenwahlgrabstätten
  - e) Urnenwahlgrabstätten in Urnenwandsystemen (z.B. Urnen-Quader)
  - f) Priestergrabstätten
  - g) Kriegsgräber
- (3) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb oder Wiedererwerb des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

##### § 14 Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden zugeteilt werden.
- (2) Es werden Reihengrabfelder eingerichtet
  - a) für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr einschließlich Tot- und Fehlgeburten
  - b) für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr.
- (3) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch zulässig, in einer Reihengrabstätte die Leichen eines Kindes unter einem Jahr, Tot- und Fehlgeburten sowie die aus einem Schwangerschaftsabbruch stammende Leibesfrucht und eines Familienangehörigen oder die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Geschwistern unter 5 Jahren zu bestatten.

- (4) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten ist 2 Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu machen. Bis zur Wiederverwendung des Feldes kann den Angehörigen gestattet werden, Reihengrabstätten weiter zu pflegen.
- (5) Reihengrabstätten sind spätestens 6 Monate nach der Beisetzung gärtnerisch herzurichten und bis zum Ablauf der Ruhezeit ordnungsgemäß instand zu halten. Geschieht dies trotz schriftlicher Aufforderung nicht, so können sie eingeebnet und eingesät werden.
- (6) Die Reihengrabstätten haben folgende Maße:
  - a) Reihengrabstätten für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr: Länge 1,20 m, Breite 0,60 m.
  - b) Reihengrabstätten für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr: Länge 2,10 m, Breite 0,90 m.

## § 15

### Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Wahlgrabstätten werden nach dem Friedhofsplan der Reihe nach belegt. Nutzungsrechte an Wahlgrabstätten werden nur anlässlich eines Todesfalles und nur für die gesamte Grabstätte verliehen. Die Friedhofsverwaltung kann die Erteilung eines Nutzungsrechtes ablehnen, insbesondere, wenn die Schließung nach § 4 beabsichtigt ist.
- (2) Das Nutzungsrecht kann in der Regel einmal wiedererworben werden. Ein Wiedererwerb ist nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte möglich. Die Friedhofsverwaltung kann den Wiedererwerb ablehnen, insbesondere, wenn die Schließung nach § 4 beabsichtigt ist.
- (3) Wahlgrabstätten werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben.
- (4) Das Nutzungsrecht entsteht mit Zahlung der fälligen Gebühren und Aushändigung der Verleihungsurkunde.
- (5) Die Beisetzung in einer teilbelegten Wahlgrabstätte erfolgt nur, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht überschreitet oder das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert wird. In diesen Fällen ist die nach der Friedhofsgebührensatzung festgelegte Gebühr anteilig zu zahlen. Ein Anspruch auf Verlängerung des Nutzungsrechtes bei teilbelegten Grabstätten entsteht frühestens bei der Belegung der nächsten Grabstelle der Wahlgrabstätte. Einem Verlängerungsantrag ist stattzugeben, wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen. Vor Ablauf des Nutzungsrechtes an der gesamten Grabstätte kann diese durch besondere Genehmigung der Friedhofsverwaltung gegen erneute Zahlung der jeweiligen Gebühr um weitere 30 Jahre verlängert werden. Die Berechtigten sind

verpflichtet, für rechtzeitige Verlängerung zu sorgen. Nach Erlöschen des Nutzungsrechtes nach Ablauf der Ruhezeit bzw. Verleihungsfrist hat die Friedhofsverwaltung das Recht, über die Wahlgrabstätte anderweitig verfügen zu können, falls nicht vor Ablauf des Nutzungsrechtes einem Verlängerungsantrag stattgegeben worden ist. Einem Verlängerungsantrag ist stattzugeben, wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen.

- (6) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte kann ganz oder teilweise entzogen werden, wenn der Nutzungsberechtigte die zu entrichtenden Gebühren schuldhaft nicht oder nicht vollständig zahlt.
- (7) Es werden eingerichtet:
  - a) Wahlgrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
  - b) Wahlgrabfelder für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr.
- (8) Die Wahlgrabfelder haben folgende Maße:
  - a) Wahlgrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr: Länge 1,20 m je Grabstelle, Breite 0,60 m je Grabstelle.
  - b) Wahlgrabfelder für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr: Länge 2,10 m je Grabstelle, Breite 0,90 m je Grabstelle.
- (9) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch schriftlichen Vertrag übertragen. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:
  - a) auf den überlebenden Ehegatten,
  - b) auf den Lebenspartner nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
  - c) auf die Kinder,
  - d) auf die Stiefkinder,
  - e) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
  - f) auf die Eltern,
  - g) auf die vollbürtigen Geschwister,
  - h) auf die Stiefgeschwister,
  - i) auf die nicht unter a) - h) fallenden Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen c) - d) und f) - i) wird die älteste Person nutzungsberechtigt.

Sofern keine der vorgenannten Personen innerhalb eines Jahres nach dem Ableben des bisherigen Nutzungsberechtigten die Zustimmung nach Satz 2 erklärt, erlischt das Nutzungsrecht.

- (10) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis der in Abs. 9 Satz 2 genannten Personen übertragen; er bedarf hierzu der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (11) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb bei der Friedhofsverwaltung auf sich umschreiben zu lassen.

- (12) Abs. 9 gilt im Falle des Abs. 11 entsprechend.
- (13) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Beisetzungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
- (14) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte. Wahlgräber müssen spätestens 6 Monate nach der Beisetzung bzw. nach Erwerb der Nutzungsrechte gärtnerisch angelegt und bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes ordnungsgemäß instand gehalten werden.
- (15) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten grundsätzlich erst nach Ablauf der Ruhezeit der zuletzt belegten Grabstelle zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. Auf Antrag des Nutzungsberechtigten können bei Rückgabe der Wahlgrabstätte Nutzungsgebühren erstattet werden. Bezüglich der Gebührenerstattung bei Rückgabe der Grabstätte gilt Folgendes: Dem Nutzungsberechtigten der Wahlgrabstätte ist für die restliche Dauer der Nutzungszeit der anhaftende Wert (gezahlte Nutzungsgebühren dividiert durch die Gesamtnutzungszeit multipliziert mit der Restlaufzeit) zu erstatten.
- (16) Die Nutzungsrechte an Wahlgrabstätten können nur erworben werden nach der Reihenfolge, in der die Friedhofsverwaltung die Belegung nach dem Friedhofsplan festlegt, d.h., dass in dem im Friedhofsplan ausgewiesenen Abschnitt für Wahlgrabstätten der Reihe nach veräußert wird (siehe auch § 13 Abs. 3 und § 15 Abs. 1).
- (17) Das Ausmauern von Wahlgrabstätten ist nicht zulässig.

## § 16 Aschenbeisetzungen

- (1) Aschen dürfen beigesetzt werden in
  - a) Urnenreihengrabstätten,
  - b) Urnenwahlgrabstätten,
  - c) Grabstätten für Erdbestattungen mit Ausnahme der Reihengrabstätten.
- (2) Urnenreihengrabstätten sind Aschengrabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung einer Asche abgegeben werden.  
Es werden eingerichtet:
  - a) Urnenreihengrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
  - b) Urnenreihengrabfelder für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr.
  - c) Diese haben folgende Maße: Länge 0,50 m, Breite 0,50 m.

- (3) Urnenwahlgrabstätten sind für Urnenbestattungen bestimmte Grabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen und deren Lage nach dem Friedhofsplan festgelegt wird. Die Zahl der Urnen, die in einer Urnenwahlgrabstätte bestattet werden können, richtet sich nach der Größe der Grabstätte. Urnenwahlgrabstätten können außer in Grabfeldern auch in Urnenwandsystemen (z.B. Urnen-Quader) eingerichtet werden. Es werden eingerichtet:
- a) Urnenwahlgrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
  - b) Urnenwahlgrabfelder für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr.
  - c) Diese haben folgende Maße: Länge 0,50 m je Grabstelle, Breite 0,50m je Grabstelle.
- (4) In Wahlgrabstätten für Erdbeisetzungen kann anstelle eines Sarges eine Urne je Grabstelle beigesetzt werden.
- (5) Soweit sich nicht aus der Friedhofssatzung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für die Reihengrabstätten und für die Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten bzw. die Beisetzung von Aschen in Wahlgrabstätten.

#### § 17 Aschenstreufelder

Die Asche wird auf einem vom Friedhofsträger festgelegten Bereich des Friedhofes durch Verstreuen der Asche beigesetzt, wenn der Verstorbene dies durch Verfügung von Todes wegen bestimmt hat. Dem Friedhofsträger ist vor Verstreuung der Asche die Verfügung von Todes wegen im Original vorzulegen.

## V. Gestaltung der Grabstätten

#### § 18 Allgemeine Gestaltungsvorschriften

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird. Der Standort der Grabmale wird von der Friedhofsverwaltung nach bestattungstechnischen Erfordernissen unter Berücksichtigung der folgenden Regelungen festgelegt:
- a) Bei der Errichtung eines Grabmals und/oder einer Grabeinfassung (einschließlich Fundamentierungen) ist ein Abstand von mindestens 0,30 m zu der/den Nachbargrabstätte(n) einzuhalten.
  - b) Der Raum (0,30 m) zwischen den Grabstätten darf nicht durch Platten, Verbundsteinpflaster usw. ausgelegt werden. Im übrigen entscheidet alleine die Friedhofsverwaltung über die Herrichtung dieser Abstandsfläche von 0,30 m.

- c) Urnenwahlgräber in Urnenwandsystemen sind mit einer Abdeckplatte zu versehen, deren Farbe, Größe und Materialbeschaffenheit in einheitlicher Gestaltung an die bereits vorhandene Abdeckung anzupassen sind.

#### § 19 Wahlmöglichkeiten

Auf den Friedhöfen in der Gemeinde werden Reihengräber, Wahlgräber, Urnenreihengräber, Urnenwahlgräber in Grabfeldern und Urnenwahlgräber in Urnenwandsystemen bereitgehalten, in denen gleichzeitig sowohl besondere als auch einfache Gestaltungsvorschriften im gleichen Gräberfeld bzw. Urnenwandsystem gelten.

## VI. Grabmale und bauliche Anlagen

#### § 20 Einfache Gestaltungsmöglichkeiten

Die Grabmale unterliegen in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung keinen besonderen Anforderungen, sofern sie Vorschriften der §§ 18 und 27 gewahrt bleiben.

#### § 21 Besondere Gestaltungsvorschriften

Für Grabmale werden die folgenden Maße festgelegt:

Die Höhe des Grabmals, einschließlich Sockel, darf 1,50 m (vom gewachsenen Erdboden aus) nicht überschreiten.

#### § 22 Zustimmungserfordernis

- (1) Die Genehmigung zur Errichtung und Veränderung von Grabmalen, Grabeinfassungen und sonstigen baulichen Anlagen und Grabeinrichtungen ist vor der Fertigstellung vom Verfügungsberechtigten schriftlich unter Verwendung eines von der Friedhofsverwaltung bereitgehaltenen Vordrucks bei der Friedhofsverwaltung zu beantragen. Der Antrag ist vom fachlichen Leiter der beauftragten Firma mit zu unterzeichnen.
- (2) Den Anträgen, die in 1-facher Ausfertigung einzureichen sind, sind beizufügen: Der Grabmalentwurf im Maßstab 1:10 unter Angabe der Maße, des Materials, seiner Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole. Zusätzlich sind Seitenansichten, Grundriss oder Schnittzeichnung des Grabmals dem Antrag beizufügen.

- (3) Der genaue Zeitpunkt der Errichtung oder Veränderung von Grabmalen, Grabeinfassungen, baulichen Anlagen oder sonstigen Grabeinrichtungen ist der Friedhofsverwaltung mindestens eine Woche vorher schriftlich oder fernmündlich mitzuteilen.
- (4) Bei Anträgen auf Änderung oder Auswechslung alter Grabmale kann eine genaue Zeichnung oder Fotografie des alten Grabmals verlangt werden.
- (5) Die Genehmigung nach Abs. 1 erlischt, wenn von ihr nicht binnen eines Jahres Gebrauch gemacht worden ist.
- (6) Die Bezeichnung der aufstellenden Firma darf auf der rechten Schmalseite des Grabmals, höchstens 20 cm über dem Erdboden, angebracht werden.
- (7) Die nicht genehmigungspflichtigen, provisorischen Grabmale, werden als Holzkreuze in von der Friedhofsverwaltung vorgeschriebenen Abmessungen zugelassen.

### § 23 Anlieferung

Beim Anliefern von Grabmalen, Grabeinfassungen und sonstigen baulichen Anlagen ist dem Friedhofspersonal auf Verlangen vor Beginn der Arbeiten die Genehmigung der Friedhofsverwaltung vorzulegen.

### § 24 Fundamentierung und Befestigung

- (1) Zum Schutz der Allgemeinheit und des Nutzungsberechtigten sind die Grabmale nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks (Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern und Einfassungen für Grabstätten des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks, in der jeweils gültigen Fassung) so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
- (2) Stellt die Friedhofsverwaltung fest, dass die Erfordernisse nach Abs. 1 nicht erfüllt sind, so fordert sie den Verfügungsberechtigten auf, die Mängel innerhalb einer zu bestimmenden, angemessenen Frist zu beseitigen. Kommt der Verfügungsberechtigte dieser Aufforderung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung das Grabmal niederlegen. Bei Gefahr im Verzug kann die Niederlegung ohne vorherige Benachrichtigung des Verfügungsberechtigten erfolgen.

### § 25 Unterhaltung

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist insoweit bei Reihengrabstätten, Urnenreihengrabstätten der Angehörige, der die Grabstätte bestellt hat, bei Wahlgrabstätten, Urnenwahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzug kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Die Gemeinde ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate auf Kosten des Verantwortlichen aufzubewahren.
- (3) Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügt als Aufforderung ein Hinweisschild an der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat angebracht wird.
- (4) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden verantwortlich, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen verursacht wird; die Haftung der Gemeinde bleibt unberührt; die Verantwortlichen haften der Gemeinde im Innenverhältnis, soweit die Gemeinde nicht grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz trifft.
- (5) Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofes erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Friedhofsverwaltung kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen. Insoweit sind die zuständigen Denkmalschutz- und -pflegebehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu beteiligen.

## § 26 Entfernung

- (1) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, Grabmale, bauliche Anlagen oder Grabeinrichtungen, die ohne schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung oder von der Genehmigung abweichend aufgestellt worden sind, einen Monat nach Benachrichtigung des Verfügungsberechtigten auf dessen Kosten entfernen zu lassen. Ist der zu Benachrichtigende nicht bekannt oder nicht zu ermitteln, so genügt ein Hinweis auf der Grabstätte. Läßt der Verpflichtete das Grabmal, die baulichen Anlagen oder die Grabeinrichtung nicht innerhalb der gesetzten Frist entfernen, gilt § 10 entsprechend.

- (2) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden. Bei Grabmalen im Sinne des § 24 Abs. 5 kann die Friedhofsverwaltung die Zustimmung versagen.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten bzw. Urnenreihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten bzw. Urnenwahlgrabstätten, nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten oder nach Ablauf eines nach § 14 Abs. 4 eingeräumten Pflegerechtes sind die Grabmale und sonstige bauliche Anlagen zu entfernen. Geschieht dies nicht innerhalb eines Monats nach Ablauf der Ruhezeit bzw. des Nutzungsrechts oder des Pflegerechts, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren. Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen gehen entschädigungslos in das Eigentum der Gemeinde über. Sofern Wahlgrabstätten von der Friedhofsverwaltung abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.

## **VII. Herrichtung und Pflege der Grabstätten**

### **§ 27**

#### **Herrichtung und Unterhaltung**

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 17 hergerichtet und dauernd in Stand gehalten werden. Dies gilt entsprechend für den Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von der Grabstätte zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulagern.
- (2) Die Gestaltung der Gräber ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes, dem besonderen Charakter des Friedhofsteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.
- (3) Für die Herrichtung und Instandhaltung ist bei Reihengrabstätten, Urnenreihengrabstätten der Angehörige, welcher die Beisetzung veranlasst hat, bei Wahlgrabstätten, Urnenwahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts. Die Friedhofsverwaltung kann verlangen, dass der Nutzungsberechtigte nach Ende der Nutzungszeit oder Ruhezeit die Grabstätte abräumt.
- (4) Die Herrichtung und jede wesentliche Änderung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Der Antragsteller hat bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen.

- (5) Die für die Grabstätten Verantwortlichen können die Grabstätten selbst anlegen und pflegen oder damit einen zugelassenen Friedhofsgärtner beauftragen. Die Friedhofsverwaltung kann im Rahmen des Friedhofszwecks die Herrichtung und die Pflege übernehmen.
- (6) Reihengrabstätten, Urnenreihengrabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung, Wahlgrabstätten, Urnenwahlgrabstätten innerhalb von 6 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechts hergerichtet werden.
- (7) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.
- (8) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln bei der Grabpflege ist nicht gestattet.
- (9) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, im Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenzuchtbehältnissen, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen, Markierungszeichen, Gießkannen und anderes Kleinzubehör. Solche Gegenstände sind nach Ende des Gebrauchs vom Friedhof zu entfernen oder in den zur Abfalltrennung vorgesehenen Behältnissen abzulagern.

## § 28

### Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften

Die gärtnerische Herrichtung der Grabstätten unterliegt keinen besonderen Anforderungen, sofern die Vorschriften der §§ 18 und 27 gewahrt bleiben.

## § 29

### Vernachlässigung der Grabpflege

- (1) Wird eine Reihengrabstätte bzw. Urnenreihengrabstätte oder Wahlgrabstätte bzw. Urnenwahlgrabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verantwortliche (§ 27 Abs. 3) nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt der Nutzungsberechtigte seinen Verpflichtungen nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung in diesem Fall die Grabstätte auf seine Kosten in Ordnung bringen oder bringen lassen. Die Friedhofsverwaltung kann auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie den Verantwortlichen schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird der Nutzungsberechtigte aufgefordert, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb eines Monats seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.
- (2) Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird der unbekannte Verantwortliche durch ein Hinweisschild auf der

Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt der Hinweis zwei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung

- a) die Grabstätte abräumen, einebnen und evtl. einsäen und
- b) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen beseitigen lassen.

- (3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck entfernen.

## **VIII. Überführung und Aufbewahrung der Leichen**

### § 30

#### Überführung und Aufbewahrung

- (1) Alle von auswärts nach Selfkant beförderten Leichen sind unmittelbar einer Leichenhalle zuzuführen.
- (2) Die bei den Verstorbenen befindlichen Wertgegenstände sind, soweit sie nicht bei ihnen verbleiben sollen, vor dem Überführen zum Friedhof durch die Angehörigen abzunehmen. Die Gemeinde Selfkant haftet nicht für abhanden gekommene Wertgegenstände.

### § 31

#### Benutzung der Leichen- und Aussegnungshallen

- (1) Die Leichen- und Aussegnungshallen dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder Beisetzung zu schließen.
- (3) Die Särge der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten Verstorbenen sollen in einem besonderen Raum der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesen Räumen und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.
- (4) Bei einer Beerdigung dürfen höchstens 10 Kränze in der Leichenhalle/Aussegnungshalle abgelegt werden, damit für die Angehörigen des Verstorbenen genügend Platz zum Betreten der Leichenhalle/Aussegnungshalle vorhanden ist.

- (5) Die in der Leichenhalle/Aussegnungshalle vorhandene gemeindliche Grundausrüstung (Kerzenständer, Leuchter, Katafalkwagen usw.) darf weder von den Hinterbliebenen des Verstorbenen noch vom Bestatter vom Aufstellungsplatz entfernt werden. Die Inneneinrichtung der Leichen- und Aussegnungshalle darf nicht durch Kerzen und Leuchter gefährdet werden.
- (6) Es ist nicht gestattet, in den Aufbewahrungszellen der Leichenhallen Kerzen oder sonstige Lichter aufzustellen.

## Schlussvorschriften

### § 32 Alte Rechte

- (1) Bei Grabstätten, über welche die Friedhofsverwaltung bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungszeit und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.
- (2) Im übrigen gilt diese Satzung.

### § 33 Haftung

Die Gemeinde Selfkant haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Im übrigen haftet die Gemeinde nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.

### § 34 Gebühren

Für die Benutzung der von der Gemeinde Selfkant verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweiligen Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

### § 35 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer
  - a) sich als Besucher entgegen § 6 Abs. 1 nicht der Würde des Friedhofes entsprechend verhält oder Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,
  - b) die Verhaltensregeln des § 6 Abs. 2 missachtet,

- c) als Gewerbetreibender entgegen § 7 ohne vorherige Zulassung tätig wird, außerhalb der festgesetzten Zeiten Arbeiten durchführt oder Werkzeuge oder Materialien unzulässig lagert.
- d) eine Bestattung entgegen § 8 Abs. 1 der Friedhofsverwaltung nicht anzeigt.
- e) Entgegen § 22 Abs. 1, § 26 Abs. 1 ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung Grabmale oder bauliche Anlagen errichtet, verändert oder entfernt.
- f) Grabmale entgegen § 24 Abs. 1 nicht fachgerecht befestigt und fundamentierte oder entgegen § 25 Abs. 1 nicht in verkehrssicherem Zustand hält,
- g) Nicht verrottbare Werkstoffe, insbesondere Kunststoffe, entgegen § 27 Abs. 9 verwendet oder so beschaffenes Zubehör oder sonstigen Abraum oder Abfall nicht vom Friedhof entfernt oder in den bereitgestellten Behältern entsorgt,
- h) Grabstätten entgegen § 29 vernachlässigt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 1.500 € geahndet werden.

#### § 36 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig treten die Friedhofssatzung vom 16.12.2002 und alle übrigen entgegenstehenden ortsrechtlichen Vorschriften außer Kraft.

### **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

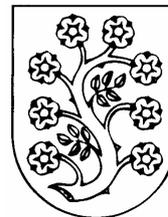
- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt, oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde Selfkant vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Selfkant, den 17. Dezember 2003

Otten  
Bürgermeister

L:\USERS\ROFFERMA\WPDO\K\FRIEDH-1\SATZUN-2.DOC

# Gemeinde Selfkant



## Sitzungsvorlage 045/2006

TOP

### öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss  
Gemeindevertretung

21.08.2006  
31.08.2006

Finanzielle Auswirkungen	<b>Ja</b>	Vermögens/Verwaltungshaushalt	<b>VWHH</b>
Haushaltsmittel zur Verfügung	<b>Nein</b>	Abwicklung über Haushaltsstelle	<b>060.57300</b>

### **Genehmigung einer Überschreitung bei der Haushaltsstelle 060.57300 "EDV-Programmentwicklungskosten an die regio iT Aachen"**

#### **Sachverhalt:**

Bei der Ansatzermittlung für das Haushaltsjahr 2006 wurde davon ausgegangen, dass die von der regio iT Aachen in Aussicht gestellten Kostenreduzierungen durch die Einführung von Leistungsscheinen für Infrastrukturdienste es rechtfertigen, den Ansatz großzügig um 30.000 EUR zu reduzieren. Zwar zeichnet sich bereits ab, dass sich bei den Dienstleistungen mittels Leistungsscheinen Kosteneinsparungen von ca. 30 % ergeben, jedoch decken diese Leistungsscheine nur einen Teilbetrag der auch im Vorjahr entstandenen Programmentwicklungskosten ab.

Darüber hinaus entstehen weiterhin EDV-Kosten von ca. 4.200,00 EUR/Quartal (in der Hauptsache für das im Rathaus eingesetzte Einwohnermeldewesen und für das Personalkostenabrechnungsverfahren).

Somit sind bis Jahresende überplanmäßige Ausgaben von ca. 17.000,00 EUR zu erwarten.

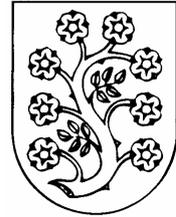
Dieser Überschreitung stehen im EDV-Bereich bei den Leasingkosten für EDV-Hardware zumindest Einsparungen von voraussichtlich ca. 7.000 EUR gegenüber.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der bis zum Jahresende zu erwartenden Haushaltsüberschreitung von bis zu 17.000,00 EUR für Programmentwicklungskosten an die regio iT Aachen wird zugestimmt.



# Gemeinde Selfkant



## Sitzungsvorlage 046/2006

TOP

### öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss  
Gemeindevertretung

21.08.2006  
31.08.2006

Finanzielle Auswirkungen	<b>Ja</b>	Vermögens/Verwaltungshaushalt	<b>VWHH</b>
Haushaltsmittel zur Verfügung	<b>Nein</b>	Abwicklung über Haushaltsstelle	<b>900.83200</b>

### **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Kreisumlage (Haushaltsstelle 900.83200)**

#### **Sachverhalt:**

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2006 wurde der Ansatz für die Kreisumlage geschätzt und in Höhe der tatsächlichen Ausgaben des Vorjahres eingeplant (incl. der Mehrkosten wegen der Verschlechterungen im Einzelplan 4 (Soziale Sicherung) des Kreises Heinsberg).

Nachdem der Kreistag im Juni 2006 die Hebesätze der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2006 festgesetzt hat, beläuft sich die tatsächlich zu zahlende Kreisumlage (ausgehend von einer Erhöhung der Kreisumlagegrundlagen auf der Grundlage der Berechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik) auf 4.378.460,04 EUR, wodurch der Ansatz um 58.460,04 EUR überschritten wird.

Diese Mehrausgaben sind durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer gedeckt.

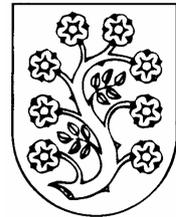
Bei der Kreisumlage handelt es sich um eine öffentliche Abgabe im Sinne des § 80 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 4 Satz 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Die Mehrausgaben basieren auf einer Erhöhung der Umlagegrundlagen (Steuerkraft der Gemeinde und Schlüsselzuweisungen), wovon ein vom Kreistag zu bestimmender %-Satz als Kreisumlage definiert wird. Die kreisangehörigen Gemeinden haben hierbei kein Mitbestimmungsrecht. Hält eine Kommune die Umlage des Kreises für überhöht, bleibt ihr nur der Gang vor Gericht.

Der aktuelle Hebesatz der Kreisumlage beträgt 46,10 %. Inzwischen haben aber bereits Umlagesätze von über 50 % der gerichtlichen Prüfung standgehalten.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 900.83200 (Kreisumlage) von bis zu 58.500,00 EUR wird zugestimmt.

# Gemeinde Selfkant



## Sitzungsvorlage 030/2006

TOP

nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss  
Gemeindevertretung

21.08.2006  
31.08.2006

Finanzielle Auswirkungen	<b>Ja</b>	Vermögens/Verwaltungshaushalt	<b>VWPH</b>
Haushaltsmittel zur Verfügung	<b>Ja</b>	Abwicklung über Haushaltsstelle	<b>SN</b>

### Angebot zur Hundebestandsaufnahme

#### Sachverhalt:

Die Belästigungen und Beeinträchtigungen durch die Haltung von bisher nicht angemeldeten Hunden haben gerade in jüngster Zeit erheblich zugenommen, so dass es sinnvoll erscheint, die Zahl der Hundehalter tatsächlich festzustellen und auch zu besteuern.

Da die Verwaltung personell nicht in der Lage ist, eine derartige Hundebestandsaufnahme durchzuführen, wurden entsprechende Angebote privater Anbieter für diese Leistungen eingeholt.

Nach vorsichtiger Einschätzung der für die Auswertung der Angebote erforderlichen Daten, kann in der Gemeinde Selfkant, in der bei 3838 Haushalten z. Z. 855 Hunde versteuert werden, unter Berücksichtigung vergleichbar strukturierter Gemeinden von einem steuerlich relevanten Zuwachs von 15 % oder 120 Hunden gerechnet werden.

Die angebotenen Konditionen stellen sich incl. MwSt. wie folgt dar:

Kommstat kommunale Statistiken , Dissen	5.012,00 €
Springer Kommunale Dienst, Düren	5.463,60 €
Adler-Kommunalservice Deutschland GmbH, Aachen	5.150,40 €

Die Honorarberechnung erfolgt auf der Grundlage einer sog. „Erfolgsbasis“.  
Günstigster Anbieter ist die Fa. Kommstat kommunale Statistiken mit 5.012,-- €

Bei einem geschätzten Zuwachs von 15 % amortisiert sich die Ausgabe bei den momentanen Steuersätzen bei einem Einnahmezuwachs von 4.320 € nach 14 Monaten.

**Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung ermächtigt den Bürgermeister, den Auftrag zur Hundebestandsaufnahme in der Gemeinde Selfkant an die Fa. Kommstat kommunale Statistiken in Dissen zur Auftragssumme von 5.012,00 € vergeben.